



**Kommunalwahlprogramm 2025**

**Für unsere Heimat.**

**Für NRW.**

**AfD**  
**NRW**



## Liebe Mitbürger,

wir erinnern uns alle: Die Kommunalwahlen vor fünf Jahren in NRW standen im Zeichen der Corona-Krise – und eines beispiellosen Versagens von Politikern und Institutionen darin.

Die Kommunalwahlen 2025 stehen im Zeichen schwerer grundsatzpolitischer Spannungen – von großen zwischenstaatlichen Konflikten bis hin zur Ebene der Kreistage und Stadträte.



Der rote Faden in diesem Geschehen ist die Auseinandersetzung zwischen Globalisten und Souveränisten. Nach dem Willen der Globalisten soll die ganze Welt nach einem einheitlichen Regelwerk funktionieren („global governance“). Sie begrüßen globale Migration und die Vermischung der Kulturen, Grenzen sind ihnen ein Gräuel. Die Souveränisten hingegen halten an der Notwendigkeit von Grenzen und Begrenzung fest. Grenzen bieten Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, sie erlauben die Unterscheidung von Eigenem und Anderem – ohne Grenzen können Gemeinwesen nicht existieren.

In Deutschland ist die AfD der wichtigste Vertreter der Souveränisten. Immer mehr Menschen erkennen, dass die AfD mit ihrer Warnung vor linksgrünem Ideologentum und ihrem Eintreten für starke Gemeinwesen recht gehabt hat. Und sie haben die AfD mit ihrer Stimme zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland gemacht!

Doch die Wahlverlierer klammern sich verzweifelt an ihre Macht. Mit einem beispiellosen Bruch von Wahlversprechen, einer beispiellosen Verschuldungspolitik und der dreisten Missachtung des Wählerwillens wollen sie ihr gescheitertes Projekt fortsetzen – koste es, was es wolle. Ihr wichtigstes Werkzeug dabei ist die „Brandmauer“, mit der

die AfD von der direkten Mitwirkung an der Gestaltung der Gemeinwesen ausgeschlossen werden soll.

Bezahlen müssen diesen Wahnwitz die Bürger. Die „Grundsteuerreform“ ist nur ein Beispiel von vielen, wie den Bürgern „legal“ das Geld aus der Tasche gezogen wird!

Unterdessen wird der öffentliche Raum immer unsicherer. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens musste Anfang Juni den Anstieg allein der Messerkriminalität um über zwanzig Prozent in einem einzigen Jahr einräumen! Weihnachtsmärkte, Karnevalsumzüge, Straßenfeste, Bahnhöfe – Orte des öffentlichen Lebens und unserer gelebten gemeinsamen Kultur – sind alle nicht mehr sicher. Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen!

So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Gemeinden die Keimzellen des Staates. Es ist unendlich wichtig, dass das Leben in ihnen wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Wie der Weg dorthin aussehen sollte, können Sie unseren Programmen und Debattenbeiträgen entnehmen.

Angst und Wegducken sind hingegen schlechte Ratgeber. Die Mitglieder der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht wegducken. Allen Anfeindungen zum Trotz treten sie selbstbewusst und selbstkritisch, aber klar in der Sache für ein starkes und partnerschaftsfähiges Deutschland ein.

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Kreisverbände ab, das Sie auf den folgenden Seiten finden.

Überzeugen Sie sich selbst! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD nimmt die Bürger ernst und gibt ihnen eine Stimme.

*Ihr **Dr. Martin Vincentz***

*Landessprecher der AfD NRW*





# Inhalt

Wofür steht die AfD? .....	06
1. Finanzen und Steuern .....	09
2. Wirtschaft und Infrastruktur .....	12
3. Energie und Umwelt .....	15
4. Innere Sicherheit .....	18
5. Migrationspolitik und Rückführung .....	21
6. Familie .....	24
7. Schule und Bildung .....	27
8. Mobilität und Verkehr .....	30
9. Bauen und Wohnen .....	33
10. Gesundheit, Sport und Ehrenamt .....	36
11. Kultur und Denkmalpflege .....	39



**Wofür  
steht**

**die AfD?**

Die AfD ist die Partei des konservativen Realismus. Grundsätzlich unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien in den folgenden Punkten:

**Realpolitik statt Ideologie und Wunschenken:** Nicht das gewünschte oder erhoffte Verhalten, sondern das tatsächlich zu erwartende Verhalten der Menschen und ihrer Regierungen muss die Grundlage der politischen Entscheidungen bilden.

**Anerkennung des Nationalstaats statt postnationaler Grenzenlosigkeit:** Die Nationalstaaten sind nach wie vor wichtige politische Größen. Sie bilden Solidar- und Schicksalsgemeinschaften und erlauben die Zugehörigkeit zu einer Großgruppe. Es sind gerade die Errungenschaften der Nationalstaaten, die Menschen aus aller Welt nach Deutschland und Europa ziehen.

**Wiederherstellung der Wehrfähigkeit statt „feministischer Außen- und Verteidigungspolitik“:** Die internationalen Beziehungen sind keine grüne Spielwiese. Nur wer glaubhaft seine Wehrbereitschaft und seine Wehrfähigkeit darstellt, kann die geopolitische Ordnung mitgestalten. Die Bundeswehr ist fahrlässig über Jahrzehnte kaputtgespart worden. Die AfD dagegen fordert seit ihrem Bestehen eine umfassende

Modernisierung der Streitkräfte, die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und eine neue Wertschätzung unserer Soldaten.

**Europäische Erneuerung statt EU-Superstaat:** Die demokratiefernen Brüsseler Institutionen sind das unerkannte Machtzentrum des politischen Geschehens bei uns. Wir fordern eine einvernehmliche Auflösung der EU und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft als einem Staatenbund souveräner und eigenverantwortlicher Demokratien.

**Für direkte Demokratie:** Unser Grundgesetz sieht Volksabstimmungen vor. Die etablierten Parteien jedoch fürchten Volksabstimmungen. Die AfD hat keine Angst vor der Meinung des Volkes. Sie will mehr Demokratie wagen und fordert daher Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

**Einsatz für eine echte Familienpolitik:** Das größte sozialpolitische Problem Deutschlands ist der demografische Wandel. Die etablierten Parteien haben trotz aller Warnungen bei seiner Lösung vollständig versagt. Die AfD stellt sozialpolitisch die Familien ins Zentrum und hat ein umfassendes Programm zur Erreichung höherer Geburtenzahlen erarbeitet.

**Ausbreitung des Islams stoppen:** Im Jahr 2080 werden etwa 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken. Dafür berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: „Ein Volk hat das Recht, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden“.

**Trennung von Zuwanderung und Asyl:** Die etablierten Parteien haben die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wieder hergestellt werden!

Die AfD fordert außerdem: Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen und die Ausreise aller Ausreisepflichtigen.

**Zuwanderung nach unseren Bedarfen:** Wir entscheiden, wer zu uns kommen darf – und wer nicht. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen. Wer von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss auch Sprache und Kultur seiner neuen Heimat erwerben. Hunderttausende haben das bereits getan und sind geschätzte Bürger unseres Landes geworden.

**Klima-Realismus statt Klima-Religion:** Die Klima-Hysterie der letzten Jahre ist von den Medien planmäßig erzeugt worden. Tatsächlich ist ein kritischer Zusammenhang zwischen menschengemachtem CO<sub>2</sub> und dem Klimawandel nicht belegbar. Wer dennoch CO<sub>2</sub> reduzieren will, sollte in Peking beginnen. Die „Klimapolitik“ der Bundesregierung ist reine Symbolpolitik.

**Energie-Realismus statt Energiekollaps:** Der grüne Gewaltakt „Energiewende“ ist der größte politische Irrtum der letzten sechzig Jahre – wie inzwischen auch seine Urheber merken. Die AfD steht für sichere und bezahlbare Energie aus unterschiedlichen Quellen und befürwortet seit ihrem Bestehen die friedliche Nutzung der Kernenergie.

**Leitkultur statt Multi-Kulti-Doktrin:** Multi-kulturelle Gesellschaften sind immer auch multi-konfliktuelle Gesellschaften. Leitkultur bedeutet demgegenüber, dass bei kulturell bedingten Wert- und Normkonflikten den Werten einer bestimmten Kultur der Vorrang zukommt. Diese Kultur kann in Deutschland nur die deutsche Kultur sein.

**Natürliche Sprache statt Gender-Gaga:** Linksgrüne Volkserzieher wollen uns ihren unsinnigen Gender-Neusprech aufzwingen. Die AfD stellt sich dem entgegen und will schriftliches Gendern wie in Frankreich verbieten. Schluss mit der Verhunzung der deutschen Sprache!



# **1. Finanzen und Steuern**

## **Die Kommune - Selbstständige Gemeinschaft statt hilfloser Befehlsempfänger**

Die AfD will das kommunale Steuerrecht und Finanzwesen grundsätzlich so gestalten, dass eine tragfähige und wirtschaftliche Haushaltsführung wieder möglich wird und „kommunale Selbstverwaltung“ kein leerer Begriff mehr ist. Die Realität ist gekennzeichnet durch explodierende Sozillasten und die Folgen der Massenmigration. Das Abwälzen der Folgekosten gesamtstaatlicher politischer Entscheidungen auf die Kommunen schadet dem unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger - vor Ort in der Stadt und der Gemeinde. Die AfD steht für hohe Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards. Vor kostentreibenden Auswüchsen solcher Standards müssen die Kommunen aber geschützt werden.

### **1.1 Einfaches und gerechtes kommunales Steuerrecht - Abschaffung der Grundsteuer**

Die reformierte Grundsteuer ist immer noch kompliziert und wahrscheinlich verfassungswidrig. Trotz zugesicherter Aufkommensneutralität zeichnet sich eine deutliche Steuererhöhung für die meisten Eigentümer ab, was die Mietnebenkosten ebenfalls erhöht. Auf die Finanzgerichte rollt eine Klagelawine zu. Das kommunale Steuerkonzept der AfD beinhaltet unter anderem die Abschaffung der Grundsteuer, die durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt wird. Durch die vereinfachte Erhebung wird die Verwaltung entlastet; besteuert wird nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

### **1.2 Weitblickende und solide Finanzpolitik**

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen und langfristig tragfähig sein. Investitions- und Ausgabenentscheidungen müssen ideologiefrei allen Bürgern dienen und ihre Folgekosten berücksichtigt werden. Fördermittel für Kommunen führen zwar manchmal zu sinnvollen



kommunalen Investitionen, aber immer zu großem bürokratischen Aufwand. Die AfD steht für kommunale Selbstverwaltung samt angemessener finanzieller Ausstattung statt Fremdbestimmung durch Fördermittelvergabe. Luxusausstattungen sowie ideologische Vorhaben, wie „Gender Mainstreaming“ oder „Diversity Management“, sind Geldverschwendung und werden von uns grundsätzlich abgelehnt.

### **1.3 Finanzierung und Altschulden**

Ursache kommunaler Überschuldung ist, neben lokalem Missmanagement und Versagen der Kommunalaufsicht, die jahrelange strukturelle Unterfinanzierung für Pflichtaufgaben, vor allem im Sozialbereich. Wir befürworten eine Übernahme von Altschulden gemäß dem Verursacherprinzip, sowie einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen für die Kommunen. Vorgaben von Bund und Land sind von diesen vollständig zu finanzieren (Konnextitätsprinzip).

### **1.4 Sparen durch Effizienz**

Die Verwaltungen müssen durch Bürokratieabbau entlastet und effizienter werden, unter anderem durch koordinierte Digitalisierung, Anwendung von KI und flexibleren Personaleinsatz. Wo Synergieeffekte möglich sind, sollten Kommunen diese durch Zusammenarbeit nutzen. Der Effizienz dienen auch regelmäßige und frühzeitige Überprüfungen des gesamten Verwaltungshandelns auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit, ggf. durch externe Fachleute.

### **1.5 Investieren für lebenswerte Kommunen**

Zum Abbau der sichtbar wachsenden Investitionsrückstände muss der Anteil der Investitionsausgaben am Gesamtbudget der Kommunen steigen, insbesondere für Attraktivität, Standortqualität und Verbesserung der Infrastruktur. Dazu müssen Investitionshemmnisse und komplizierte Vorgaben im Vergaberecht konsequent beseitigt werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine größere Bürgerbeteiligung durch Senkung der Hürden für Bürgerbegehren bzw. -entscheide aus.



# **2. Wirtschaft und Infrastruktur**

# Leistung statt Ideologie: Eine starke Wirtschaft für starke Kommunen

Die AfD steht für eine wirtschaftspolitische Realpolitik. Wir setzen auf Leistung, Eigenverantwortung und regionale Stärke, frei von ideologischer Bevormundung. Wir erkennen die herausragende Bedeutung des Unternehmertums, gerade auch im Handwerk, als Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir werden wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum, Innovation und Wohlstand ermöglichen. Wirtschaftliche Betätigungen der Kommune sollten auf die öffentliche Daseinsvorsorge begrenzt werden.

## 2.1 Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Mittelständische Unternehmen brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung statt bürokratischer Bevormundung. Sie brauchen freie Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, bezahlbare Energiepreise sowie ein stabiles Internet. Ideologiefreie, marktwirtschaftlich orientierte Kommunalpolitik mit einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung ist der Schlüssel zur Weiterentwicklung des Standorts.

## 2.2 Digitalisierung und Informationssicherheit

Zur Reduzierung von Bürokratie und Verschlinkung von Prozessen werden wir die Digitalisierung der Verwaltung auf kommunaler Ebene vorantreiben. Dazu gehören robuste IT-Strukturen in den kommunalen Verwaltungen sowie unkomplizierte Online-Verfahren für Unternehmen und Bürger. Einem Mangel an Fachpersonal und Ausstattung wollen wir ggf. durch Zusammenarbeit mehrerer Kommunen begegnen.

Digitalisierung muss pragmatisch, bürgernah und unter dem Aspekt der Datensouveränität erfolgen. Informationssicherheit ist kein

Luxus, sondern eine Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Verwaltung und den Schutz sensibler Bürgerdaten.

Die Bürger müssen weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Angelegenheiten auch persönlich im Bürgerbüro zu regeln („Recht auf analoges Leben“).

### **2.3 Innenstädte entwickeln**

Wir wollen attraktive, sichere Innenstädte. Wir treten kulturellen Monokulturen (z.B. Shisha-Bars und Wettbüros) mit einer „Sonderwirtschaftszone Innenstadt“ entgegen. Vielfältige Geschäfts- und Gastronomiebereiche locken Bürger in die Innenstädte.

Der Wirtschaftsstandort Innenstadt darf nicht durch ideologisch motivierte Verkehrsmaßnahmen beschädigt werden. Attraktive Innenstädte brauchen gut erreichbare Geschäfte.

### **2.4 Effiziente Verwaltung durch sinnvolle Privatisierung**

Kommunale Aufgaben müssen effizient erfüllt werden. Schattenhaushalte oder hoch dotierte Versorgungsposten bei kommunalen Unternehmen sind nicht länger zu tolerieren! Wir befürworten daher die regelmäßige Überprüfung kommunaler Strukturen durch neutrale Instanzen und ggf. wirtschaftlich sinnvolle, risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen.

### **2.5 Heimat stärken – Handwerk fördern**

Das Handwerk ist das Herz unserer Heimat! Die AfD kämpft für die Entlastung unserer regionalen Betriebe: Weniger Bürokratie, steuerliche Erleichterungen und echte Wertschätzung für Ausbilder und Meister. Handwerksbetriebe sichern Tradition, Wohlstand und Zukunft. Wer unsere Heimat bewahren will, muss das Handwerk stärken – wir treten entschlossen dafür ein!

# **3. Energie und Umwelt**



## Eine neue Partnerschaft

Die Alternative für Deutschland ist eine konservative politische Partei. Umweltschutz und Wohlstand der Bevölkerung sind gleichwertige Ziele, die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum langfristigen Erhalt von Mensch und Natur klug gegeneinander abzuwägen sind. Umwelt- und Energiepolitik dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen. Eine ideologische Steuerung der Umwelt- und Industriepolitik lehnen wir ab. Das Klima der Erde ändert sich seit deren Bestehen und wird von der Menschheit nur wenig beeinflusst. Das CO<sub>2</sub> in der Luft ist die wichtigste Pflanzennahrung und stellt somit die Ernährungsgrundlage für Tiere und Menschen dar.

### 3.1 Die Energieversorgung ist das Rückgrat unserer Industrie

Nur eine preiswerte und an der Nachfrage orientierte Versorgung ermöglicht unseren Wohlstand. Wind- und Solarstrom haben einen hohen Flächenverbrauch und sollen nicht mehr finanziell gefördert werden. Grundlastfähige Kraftwerke müssen zur sicheren Stromversorgung weiter in Betrieb bleiben. Insbesondere soll auf unsere heimische Kohle als Energieträger nicht verzichtet werden.

### 3.2 Kommunale Wärmeplanung ist unnötig – Freiheit im Heizungsbau

Die AfD fordert den Erhalt, Ausbau und die Modernisierung des deutschen Erdgasnetzes. Die Zerstörung der bestehenden Erdgasinfrastruktur lehnen wir strikt ab. Eine Umrüstung auf Wasserstoff betrachten wir als unnötige Geldverschwendung. Über die Art der Beheizung der Wohnungen sollen die Bürger selbst entscheiden. Jede Art von Zwang durch künstliche Verteuerung der Energie lehnen wir ab, gesetzliche Vorschriften sollen die Sicherheit gewährleisten und Emissionen sinnvoll begrenzen. Vorgaben des Staates zum „Klimaschutz“ oder Einschränkungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen lehnen wir ab. Eine thermische Sanierung

der Wohnungen und Gebäude ist im Neubausektor sinnvoll, bei Altbauten häufig unwirtschaftlich. Einen Sanierungszwang lehnt die AfD ab.

### **3.3 Örtliches Klima in Städten verbessern**

Städte bilden durch die Versiegelung der Böden und die Bebauung Wärmeinseln. Die Strahlung wird absorbiert, und die natürliche Kühlung durch den verdampfenden Regen und Tau ist behindert, da der Regen direkt in Kanäle abgeleitet wird. Durch Begrünung der Städte soll diesem Effekt entgegengewirkt werden, das Regenwasser möglichst aufgefangen und zur Bewässerung verwendet werden. Bei Neugestaltung und Planung von Städten müssen ausreichend Grünflächen vorgesehen und für eine optimale, möglichst natürliche Bewässerung gesorgt werden.

### **3.4 Der Wald als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor**

Die AfD setzt sich für eine ganzheitliche Betrachtung des Forstes in seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen ein. Wir unterstützen die traditionelle Holzwirtschaft in den walddreichen Gebieten Nordrhein-Westfalens, die Zerstörung von Waldlandschaften durch Windparks dagegen lehnen wir ab. Selbsternannte Umweltschutzorganisationen, die den Forst als machtpolitisches Instrument missbrauchen, sind in die Schranken zu weisen. Wir befürworten einen Umbau kommunaler Wald-Monokulturen aus Fichten oder Kiefern in Mischwälder, die zu einem wesentlichen Teil aus heimischen Laubbäumen oder Tannen bestehen sollen.

### **3.5 Bäuerliche Familienbetriebe stärken**

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind Versorger, aber sie gestalten und bewahren zugleich auch unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss umweltverträglich sowie werterhaltend sein, denn es gilt, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD befürwortet eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform (ökologisch oder konventionell).



## **4. Innere Sicherheit**

# Der öffentliche Raum - Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung

Nordrhein-Westfalen weist seit Jahren eine der höchsten Kriminalitätsraten unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik auf. Clan-Kriminalität, die aus dem Ausland kommenden Geldautomaten-Sprenger und die Moco-Mafia, die sich ungehemmt durch Köln und Umland bombt, um lukrative Drogenmärkte zu erschließen, sind nur drei der typischen Kriminalitätsformen, die unser Land plagen. Den Nährboden für die ausufernde Kriminalität bereitet die unkontrollierte Masseneinwanderung von Menschen aus fremden Kulturräumen und der fehlende nationale Grenzschutz. Die Inbesitznahme öffentlicher Räume durch meist fremdsprachliche Jugendgruppen hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. NoGo-Areas existieren auch in unserem Land, und sie expandieren zunehmend. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller, Messerverbotzonen, polizeiliche Videoüberwachung und Frauenschutzzonen sind heute leider selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Sicherheit ist ein Grundrecht und ihre Gewährleistung eine Grundpflicht des Staates. Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!

## 4.1 Mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei

Seit dem Jahr 2015 haben Straftaten wie Sexualdelikte, Raub und Messerstecherei stark zugenommen, viele davon unter Beteiligung von Zuwanderern. Das Sicherheitsgefühl der Menschen und die innere Sicherheit in unserem Land erodieren täglich weiter. Der Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschlossen entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger sicher im öffentlichen Raum bewegen

können. Die AfD fordert daher, das Personal im Streifendienst bei Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden deutlich aufzustocken.

## **4.2 Für eine Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt und Polizei**

Einige Gemeinden in NRW haben erfolgreich eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsämtern geschaffen. Das Konzept der Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft soll ausgebaut und gestärkt werden. Zur Verhinderung weiterer Straftaten sollten Polizeistreifen intensiviert werden. Der Schutzmann an der Ecke ist wieder gefragt. Unabhängig davon sind die Kommunalen Ordnungsdienste im Rahmen von Streifen für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten unabdingbar. Die AfD tritt ferner für eine auf Kriminalitätsschwerpunkte begrenzte Nutzung der Videoüberwachung ein.

## **4.3 Ein sicheres Zuhause – weniger Einbrüche durch gute Nachbarschaften**

Gute Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erreicht auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Die AfD-Fraktionen in den Stadträten und Kreistagen werden sich für entsprechende Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung und für deren Einbindung in die Kriminalprävention einsetzen.

## **4.4 Drogenhandel in den Innenstädten – ein Umdenken muss jetzt stattfinden**

Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich durch die Cannabis-Legalisierung flächendeckend in den nordrhein-westfälischen Großstädten ausbreiten, sind nicht hinnehmbar. Mit Prävention und Konzepten, wie dezentralen, behördlich kontrollierten Konsumräumen in enger Zusammenarbeit mit Drogenhilfe, kommunalem Ordnungsdienst und Polizei, muss das Problem endlich angegangen werden!



# **5. Migrations- politik und Rückführung**

## Dem Recht Geltung verschaffen

### 5.1 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber.

#### Ziel: Regel statt Ausnahme

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht Arbeitspflichten für leistungsfähige Asylbewerber vor. Bei Verweigerung erfolgt grundsätzlich nur noch ein Erhalt von Sachleistungen. Die Tätigkeiten dienen auch der Schaffung einer sinnvollen Tages- und Sozialstruktur und der Verbesserung des Selbstwertgefühls bei den Betroffenen. Die Kommunen sollen daher genügend und geeignete Arbeitsgelegenheiten für Leistungsbezieher bereithalten.

### 5.2 Unrechtmäßig erlangte Einbürgerung

#### konsequent entziehen

Unrechtmäßig erlangte Einbürgerungen sind von der kommunalen Staatsangehörigkeitsbehörde bei einem hinreichenden, tatsächlichen Tatverdacht konsequent zu entziehen, insbesondere bei Islamisten bzw. Salafisten. Der kommunale Ordnungsdienst und der polizeiliche Staatsschutz melden insoweit Verdachtsmomente unverzüglich der Staatsangehörigkeitsbehörde zwecks Rücknahme solcher Einbürgerungen.

### 5.3 NRW liegt nicht am Mittelmeer – Deklarierungen als „sicherer Hafen“ umgehend beenden

Die Bundespolitik hat mit Steuermitteln massiv das illegale Einschleusen von Ausländern über das Mittelmeer befördert. Über einhundert Kommunen in NRW haben sich trotz fehlender bundespolitischer Zuständigkeit zum sogenannten sicheren Hafen erklärt und eine zusätzliche Aufnahme von zuvor in den EU-Raum eingeschleusten Personen geradezu eingefordert. Diese Erklärungen werden wir umgehend zurückziehen!

## 5.4 Bezahlkarten und Sachleistungsbezug einführen

Wir werden die landesrechtliche Möglichkeit zur Einführung der Bezahlkarte umsetzen. Wo immer mit vertretbarem Aufwand möglich, werden wir allerdings den Sachleistungsbezug der Nutzungsmöglichkeit der Bezahlkarte vorziehen. Die Möglichkeit des Bargeldbezugs mit der Bezahlkarte werden wir so weit wie möglich einschränken. Ebenso werden wir uns für eine Bekämpfung des Missbrauchs einsetzen. Hierbei geht es aktuell insbesondere um die SEPA-Funktion und den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, beispielsweise auch in Parteibüros der Grünen.

## 5.5 Kommunale Integrationsmaßnahmen auf das gesetzliche Minimum zurückfahren

Die Integration in die Gesellschaft sehen wir als Bringschuld der Zuwanderer. Daher betrachten wir Sprachkurse grundsätzlich als einzig zu fördernde Maßnahme. Die Förderung von Organisationen und „Projekten“ der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die von der derzeitigen migrationspolitischen Schieflage nur allzu bereitwillig profitieren werden wir beenden.

## 5.6 Einstellung sämtlicher Beratungsangebote der Stadt hinsichtlich Einbürgerung

Die Kommunen müssen die erforderlichen Bedingungen, Regelungen, Prozeduren etc. im Internet auf Deutsch öffentlich machen und das Einbürgerungsverfahren entsprechend durchführen. Darüber hinaus haben sie keinerlei Verpflichtung gegenüber Einbürgerungswilligen. Von diesen erwarten wir stattdessen Eigeninitiative. Grundsätzlich gilt: Einbürgerung ist der Endpunkt einer gelungenen Integration, nicht deren Beginn.

# 6. Familie



# Stabile Familien – Keimzellen der ganzen Gesellschaft

## 6.1 Die AfD fordert familienfreundliche Kommunen

Sämtliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sollten systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden. Es muss das Ziel jeder Kommune sein, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich insbesondere Familien gut entwickeln können und Paaren die Entscheidung für Kinder leichter gemacht wird. Digitale Angebote sowie familienfreundliche Öffnungszeiten sollen die Verwaltung für Berufstätige und Familien leichter zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

## 6.2 Kinderbetreuung den Bedürfnissen anpassen

Kinder fühlen sich in den ersten Lebensjahren in der vertrauten Umgebung ihrer Familie am wohlsten. Eltern brauchen regelmäßig Betreuungsangebote, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Um den Bedürfnissen von beiden gerecht zu werden, brauchen Familien flexible und verlässliche Angebote. Für die optimale Vergabe von Betreuungsplätzen soll für Kleinkinder verstärkt auf die Kapazitäten der Tagespflege verwiesen werden. Durch diese gesteuerte Entlastung der KiTas soll wieder eine verlässliche und vor allem qualifizierte Betreuung der Kinder ab dem 3. Lebensjahr gewährleistet werden.

## 6.3 Kitas familienfreundlicher gestalten

Viele Familien sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Berufstätige Eltern dürfen nicht benachteiligt werden. Die AfD fordert die Abschaffung der einkommensabhängigen Elternbeiträge und fordert eine Bevorzugung von berufstätigen Eltern bei der Platzvergabe in öffentlichen KiTas. Die KiTa erfüllt

auch die wichtigen Aufgaben der Förderung und Integration. Zur Vorbereitung auf die Schule muss in den KiTas Deutsch gesprochen werden. Der deutsche Spracherwerb ist DIE Grundlage für Integration und Bildung. Darüber hinaus wird die AfD alles dafür tun, die Politisierung der frühkindlichen Bildung zu stoppen. Genderideologie, Klima-Hysterie und Frühsexualisierung haben in einer KiTa nichts zu suchen!

## **6.4 Kommunen als Vorreiter der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Kommunale Verwaltungen und Behörden sollen durch Telearbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können. Dazu zählen auch das Angebot von Teilzeitausbildungen für junge Eltern und gute (Wieder-)Einstiegsmöglichkeiten nach der Elternzeit. Die Kommune als Arbeitgeber soll Vorbild in familienfreundlicher Personalpolitik sein.

## **6.5 Sicherheit für Familien im öffentlichen Raum**

Die Stadt muss ein sicherer Lebensraum für alle sein - egal ob Frau oder Mann, Kind oder Senior. Die AfD wird sich auf kommunaler Ebenen dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum nicht dem vermeintlich Stärkeren überlassen wird. Hierzu müssen Akteure wie Ordnungsamt, Polizei, Städteplanung, ÖPNV usw. zusammenarbeiten. Halbherzige Maßnahmen wie Taxi-Gutscheine für Frauen sind als Symptombehandlung unzureichend. Neben konkreten Maßnahmen (z.B. mehr Präsenz von Sicherheitskräften, Beleuchtungskonzepte etc.) zur Beseitigung von Angsträumen fordern wir eine konsequente Bekämpfung der Ursachen der zunehmenden Kriminalität.



## **7. Schule und Bildung**

# Unseren Kindern die Zukunft erschließen

## 7.1 Schulische Vielfalt bedeutet Erhalt aller Schultypen

Nur ein mehrgliedriges Schulsystem kann Schülern mit unterschiedlichem Leistungs- und Motivationsvermögen gute und gerechte Bildungschancen bieten. Hierzu gehören auch die Förderschulen mit ihren besonderen Fördermöglichkeiten.

Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Schulformen des gegliederten Schulwesens lehnen wir entschieden ab.

## 7.2 JA zur offenen Ganztagschule – NEIN zur verpflichtenden Ganztagschule

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass die Kommunen den Rechtsanspruch auf eine OGS-Betreuung gegebenenfalls auch mit erhöhter Hilfe des Landes gewährleisten müssen. Offene Ganztagschulen sind eine notwendige Ergänzung zur familiären Betreuung. Ein solches Angebot darf jedoch nicht für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein. Die Schulen dürfen sich keinen fremden Speisegesetzen unterwerfen.

## 7.3 Die Qualität des Regelunterrichts wiederherstellen

Hochwertiger Regelunterricht kann nur stattfinden, wenn alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Daher müssen eigene Förderklassen für Kinder von Zuwanderern gebildet werden. Ebenso sind an ausgewählten Grundschulen Vorschulklassen einzurichten, in denen Kinder, denen Sprach- und Grundfertigkeiten fehlen, auf den Unterricht der ersten Klasse vorbereitet werden.

## **7.4 Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an den Schulen eindämmen**

Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft erschweren zunehmend den Unterricht. Soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Die AfD fordert die Wiederherstellung der erzieherischen Autorität der Lehrer und einen systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit. Den Schülern darf die eigenständige Nutzung von Mobiltelefonen ohne Erlaubnis durch eine Lehrkraft während der gesamten Unterrichtszeit, also auch in den Pausen, im Gebäude und auf dem Schulhof, nicht erlaubt sein. Ebenso verboten sein muss die Mitführung von Cannabis in der Schule. Bei anhaltenden Drogen- und Gewaltdelikten sollten auch technische Überwachungssysteme eingerichtet werden können.

## **7.5 Digitale Medien gehören zum Schul- und Unterrichtsalltag**

Digitale Medien sind wichtige Instrumente für die Durchführung des Unterrichts. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Ausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur muss durch den Schulträger gewährleistet werden.

# **8. *Mobilität und Verkehr***



# Intelligente Lösungen statt ideologische Barrieren

Der Verkehrsraum sollte grundsätzlich gerecht und ohne ideologische Benachteiligung einzelner Verkehrsteilnehmer gestaltet werden. Wir betrachten den motorisierten Individualverkehr unverändert als attraktivste Möglichkeit der Fortbewegung. Deshalb fordern wir den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau von Straßen und preisgünstigem Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität der Ortskerne.

## 8.1 Stauvermeidende Verkehrsführung mit bedarfsgeschalteten Ampelregelungen

Um einen zügigen und effizienten Verkehrsfluss zu gewährleisten, braucht es vor allem eine stau- und stillstandsvermeidende Verkehrsführung. Wir befürworten daher bedarfsgeschaltete, KI-gestützte Ampelregelungen und den klassischen Einsatz von Polizisten zur Verkehrsregelung in den Stoßzeiten. Unnötige Ampeln sollen nachts und zu verkehrssarmen Zeiten abgeschaltet werden. Diese Maßnahmen sparen außerdem Kraftstoff und vermindern den Schadstoffausstoß.

## 8.2 Tempo 30 nur in Wohngebieten

Tempo 30-Regelungen dürfen innerorts nur in reinen Wohngebieten und vor besonderen Gefahrenstellen eingerichtet werden. Tempo 30-Regelungen auf innerstädtischen Durchgangsstraßen lehnen wir ab. Blitzer sollen grundsätzlich zur Sicherheit eingesetzt werden, nicht als Instrument der Haushaltssanierung.

## 8.3 ÖPNV und Radverkehr intelligent kombinieren

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV sicherer und attraktiver zu gestalten, setzen wir uns für die Instandhaltung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes ein. An zentralen Haltestellen und

Bahnhöfen sind gesicherte Abstellmöglichkeiten einzurichten. Reine Fahrradstraßen lehnen wir ab. Auf den Einsatz von elektro- oder wasserstoffbetriebenen Kommunalfahrzeugen soll so lange verzichtet werden, bis diese Antriebsarten in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit wettbewerbs- und marktfähig sind.

#### **8.4 Regel-Betrieb im Berufs- und Schülerverkehr sichern**

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich die Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Auf Grund des oft dysfunktionalen Nahverkehrs fordern wir, dass der Regel-Betrieb gerade im Berufs- und Schülerverkehr aufrechterhalten und durch Zusatzfahrten entlastet wird. Die ständigen Ausfälle und Verspätungen in vielen unserer Städte vermitteln den nachrückenden Generationen das Bild eines versagenden Gemeinwesens und untergraben das Vertrauen in den Staat allgemein. Umgesetzte und geplante Angebotsreduzierungen müssen zurückgenommen werden, bevor teure Neu- und Ausbauprojekte gestartet werden. Zur Attraktivitätssteigerung fordern wir außerdem eine umfassende Information der Fahrgäste in Echtzeit.





# **9. Bauen und Wohnen**

## Lebensqualität in Stadt und Land

Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis.

Es ist ein alarmierendes Zeichen, dass heute ausgerechnet das Grundrecht auf Wohnen für viele Menschen mit schweren Belastungen verbunden ist. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die Übernahme großer Wohnungsbestände durch transnationale, renditeorientierte Investoren, die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und die irreguläre Massenzuwanderung von Personen, die gleichwohl nach deutschem und europäischem Asylrecht versorgungsberechtigt sind.

### **9.1 Wohnungsbau antreiben, Wohnkosten senken, Wohneigentum fördern**

Wir stärken die Wohnraumförderung für private, öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsanbieter, um gezielt bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr günstige Wohnheime und Apartments für Studenten und Auszubildende entstehen.

Die Mieterprivatisierung kommunaler Wohnungsbestände kann eine Chance sein, Verantwortung in die Hände der Bewohner zu legen, stabile Nachbarschaften zu fördern und gleichzeitig finanzielle Spielräume für neue kommunale Wohnbauprojekte zu schaffen. Eine Mietpreisbremse lehnen wir ab. Ortsansässigen Familien wollen wir durch „Einheimischenmodelle“ den Erwerb von Wohneigentum erleichtern.

Viele Kommunen sind mit der Unterbringung von Asylbewerbern überfordert und müssen zu hohen Kosten Wohnungen anmieten. Die AfD fordert gegenüber der Landesebene ein Vetorecht bei Zu-

weisungen von Asylbewerbern. So nehmen wir Druck von höchst angespannten Wohnungsmärkten. Wir überprüfen und entschärfen Kostentreiber wie Grundsteuer, Stellplatz-, Garagen- und Baumsatzungen sowie unnötige Regulierungen, um den Bau neuer Wohnungen zu erleichtern.

## **9.2 Stadtplanung für eine lebenswerte Zukunft**

Die AfD setzt sich für lebendige Ortszentren ein, in denen Wohnen, Arbeiten und Kultur nebeneinander funktionieren. Gut erreichbare Schulen und Kindergärten, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum, naturnahe Grünflächen und intakte Spielplätze sind grundlegend für eine hohe Lebensqualität. Wir fordern zur Bereitstellung von günstigem Bauland die Aktivierung von Flächenreserven sowie Innenentwicklung durch Aufstockungen, Baulückenschließungen und Ersatzneubau mit hohen Geschossflächenzahlen. Wir setzen auf eine enge Abstimmung mit Nachbarkommunen, um den Wachstumsdruck von Städten und Gemeinden nachhaltig zu steuern.

## **9.3 Baukultur bewahren und weiterentwickeln**

Wir besinnen uns auf unser baukulturelles Erbe. Dringend benötigter Wohnungsneubau muss sich architektonisch und städtebaulich in den gewachsenen Bestand einfügen. Regionale Baukultur und ortstypische Baumerkmale können als Leitbild öffentlich ausgeschriebener Bauwettbewerbe dienen. Bauherrn sollen durch Bauberatungsstellen bei der Realisierung regionalspezifischer Bauwerke Unterstützung finden.



# **10. Gesundheit, Sport und Ehrenamt**

## 10.1 Unterstützung für lokale Sportvereine

Wir befürworten die finanzielle Förderung der örtlichen Amateursportvereine, Investition in Sportanlagen und Ausbildung der vielen Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich z. B. als Trainer zu engagieren. In diesem Rahmen sollte auch gewährleistet werden, dass alle Kinder im Laufe des Grundschulalters die Schwimmfähigkeit erlangen. Die Einbindung sportlicher Expertise in die kommunale Gesundheits- und Bildungspolitik sehen wir als wichtige Chance für Prävention und Lebensqualität.

## 10.2 Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Die Krankenhausversorgung muss überwiegend eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Wir wollen aber nicht nur die Krankenhäuser vor Ort erhalten, sondern auch die Hausarztpraxen im ländlichen Raum. Nur dadurch kann eine zeitnahe Akutversorgung erfolgen. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit von Geburtshilfestationen, Kinderkliniken und Hebammenversorgung. Um die Hausarztpraxen im ländlichen Bereich zu erhalten und zu entlasten, befürworten wir bei Neugründung oder Praxisübernahme eine finanzielle Förderung durch die Kommune.

## 10.3 Sozialverträgliche Gesundheitspolitik

Während des Asylverfahrens tragen die Kommunen die Gesundheitskosten, oftmals organisiert über Rahmenverträge mit den Krankenkassen. Für Personen, die keine Zahlungen in unser Sozialsystem geleistet haben, fordert die AfD die Beschränkung auf eine ausschließlich medizinische Grundversorgung. Niemand darf sich auf Kosten der Solidargemeinschaft umfassend sanieren (Beispiel: umfassende orthopädische Zahnkorrekturen).

## 10.4 Ehrenamt stärken – Gemeinschaft bewahren

Unsere Städte und Gemeinden brauchen engagierte Bürger, die durch ihren Einsatz Gemeinschaft und Zusammenhalt stärken. Der Breitensport mit seinen zahlreichen Vereinen und Verbänden wäre ohne sie undenkbar! Die AfD setzt sich dafür ein, das Ehrenamt als tragende Säule der Gesellschaft nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu fördern – etwa durch kommunale Boni oder als Voraussetzung bei Einbürgerungen. Ehrenamtliches Engagement verdient Respekt, Unterstützung und gezielte Förderung!



# **11. Kultur und Denkmalpflege**

# Wissen, wer wir sind

## 11.1 Kunst und Kulturförderung

Grundgesetzlich garantierte Kunstfreiheit meint Freiheit von jeglichen staatlichen Vorgaben und Repressionen. Schranken setzt lediglich das Strafrecht. Eine Kulturförderung nach kunstfernen Kriterien wie Geschlecht, Ethnie oder „politisch korrekter“ Haltung lehnen wir ab.

## 11.2 Die AfD unterstützt die Förderung von städtischen Musikschulen

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

## 11.3 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

## 11.4 Regionale Baukultur zum architektonischen und städtebaulichen Leitbild machen

Wir sehen die zunehmende Verödung von Städten und Gemeinden durch gestalterische Planlosigkeit oder monotone Zweckarchitektur

mit Sorge. Deshalb wollen wir die Auseinandersetzung mit regionaler Baukultur als Leitbild für Architektur und Städtebau fördern. In öffentlich ausgeschriebenen Bauwettbewerben sollen Kriterien für identitätsstiftenden Städtebau nach Maßgabe des Leitbildes erarbeitet und entsprechende Initiativen bestärkt werden. Ideologisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen oder die Beseitigung von Denkmälern, die der herrschenden Gesinnungsethik scheinbar entgegenstehen, lehnen wir ab.



# Impressum

**Herausgeber:** AfD NRW  
Gladbecker Straße 5  
40472 Düsseldorf

**Redaktion:** Prof. Dr. Hans Neuhoff

**E-Mail:** geschaeftsstelle@afd.nrw

**Telefon:** +49 (211) 5455895-0

**Fax:** +49 (211) 5455895-9

**Website:** www.afd.nrw

## 1. Auflage (Juni 2025)

### **Bildnachweise:**

Cover: iStock

Seite 2: AfD NRW

Seite 4: iStock

Seite 6: AdobeStock/ Nina

Seite 9: iStock

Seite 12: AdobeStock/ Eva

Seite 15: AdobeStock/ graja

Seite 18: AdobeStock/  
Sven Grundmann

Seite 21: AdobeStock/ m.mphoto

Seite 24: AdobeStock/ JenkoAtaman

Seite 27: iStock

Seite 30: iStock

Seite 32: iStock

Seite 33: AdobeStock/ PSCL RDL

Seite 36: iStock

Seite 39: iStock

### **Rechtlicher Hinweis:**

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.





**Herausgeber:**

AfD NRW | Gladbecker Straße 5 | 40472 Düsseldorf